

Antrag E 3 - Unterbindung des Gleisabbaus bei Gütergleisanlagen

Antragsteller: Unterbezirk Lahn-Dill

Die Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd beschließt, alle Mittel auszuschöpfen, dass trotz der fast auf Null befindlichen Gütertransporte auf der Schiene keine Gleisanlagen mehr demontiert werden, bzw. auf den ehemaligen Güterbahnhöfen, auf welchen bereits der Gleisabbau vollzogen wurde, keine festen Bauwerke errichtet werden oder Veränderungen vorgenommen werden, die die Bahnkörper (Dämme, Einschnitte) insgesamt verändern. Hierzu sind die Möglichkeiten der Kreisebene als Genehmigungsbehörde auszuschöpfen, um entsprechenden Ansinnen entgegen zu wirken..

Begründung:

Es hat sich zwar gezeigt, dass derzeit eine Reaktivierung der Gütergleisanlagen so all zu schnell nicht zu erwarten ist. Trotzdem sollte es Zielsetzung der öffentlichen Hand sein, dafür zu sorgen, auch auf dem Gebiet der Infrastruktur eine Ressourcenerhaltung zu betreiben, um künftigen Generationen von Entscheidungsträgerinnen und -trägern die Möglichkeit zu erhalten, hierauf dann eine neue Verkehrsinfrastruktur aufzubauen. Die Gleisanlagen bedürfen in der Zeit ihrer Nichtinanspruchnahme keiner nennenswerten Unterhaltungskosten.

Von allen politischen Ebenen wird seit nunmehr über 20 Jahren gefordert, dass der Gütertransport zum größten Teil auf die Schiene verbannt werden müsse. Die LKW benutzen die deutschen Autobahnen auf der rechten Spur wochentags fast alleine und verursachen nicht unerhebliche Straßensanierungskosten. Auch ist uns klar, dass aus Umweltgesichtspunkten hier in absehbarer Zeit (10-20 Jahre) eine Umsteuerung erfolgen muss.

Seit der Bahnreform ist jedoch die Deutsche Bahn AG darauf aus, auch ihre Liegenschaften und ihre Infrastruktur unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten, wodurch es gerade seit 1994 zu einem vermehrten Gleisabbau, insbesondere auch von Gütergleisanlagen entlang von weiterbetriebenen Strecken gekommen ist.